

Wahl-Kompass 2021

Auswertungen und Analysen

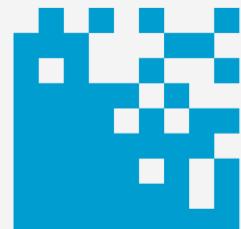
Prof. Dr. Norbert Kersting und Jan Philipp Thomeczek

Institut für Politikwissenschaft

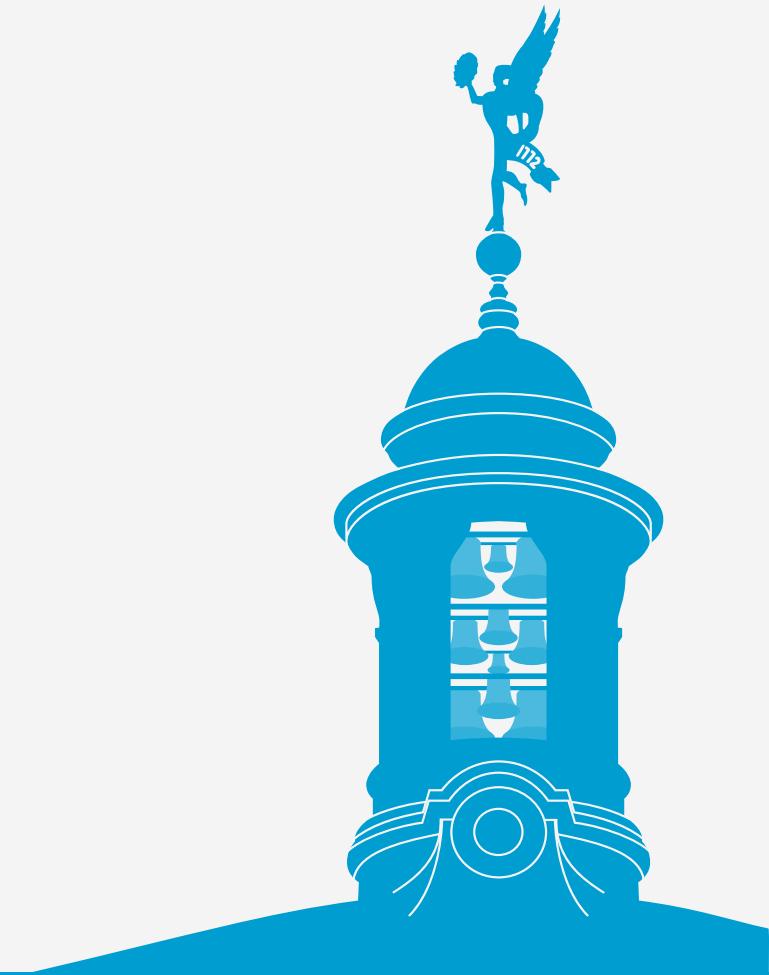
Universität Münster

wahlkompass@uni-muenster.de

Wahl-Kompass➤
Bundestagswahl 2021



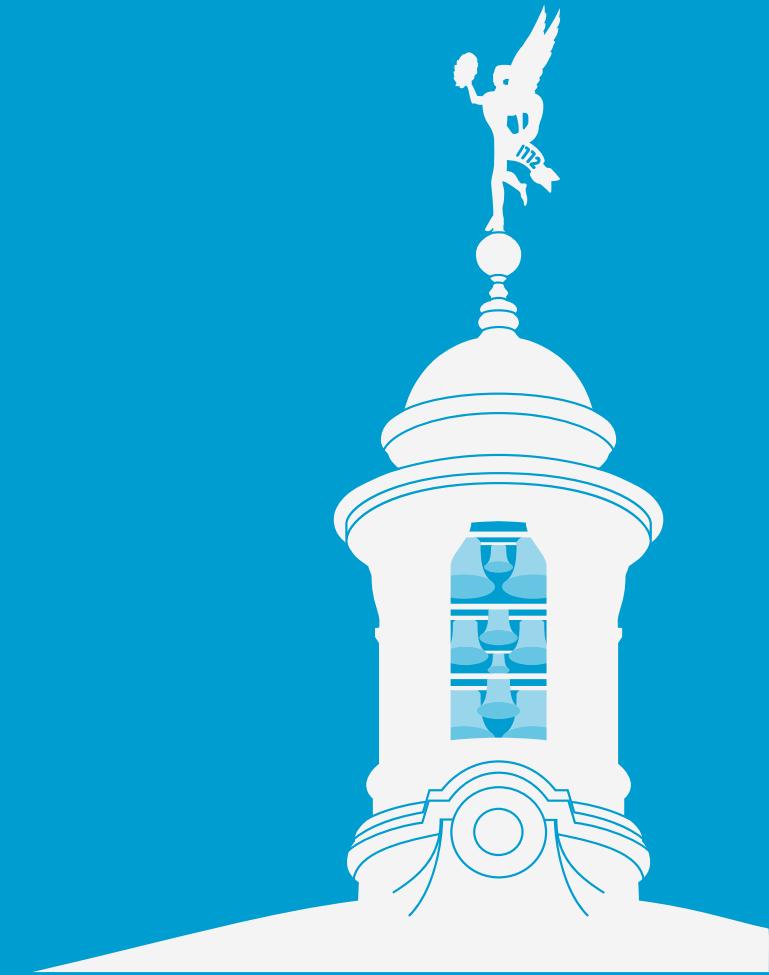
URii
Kompetenzzentrum
Urbane, Regionale
Innovation und Internet



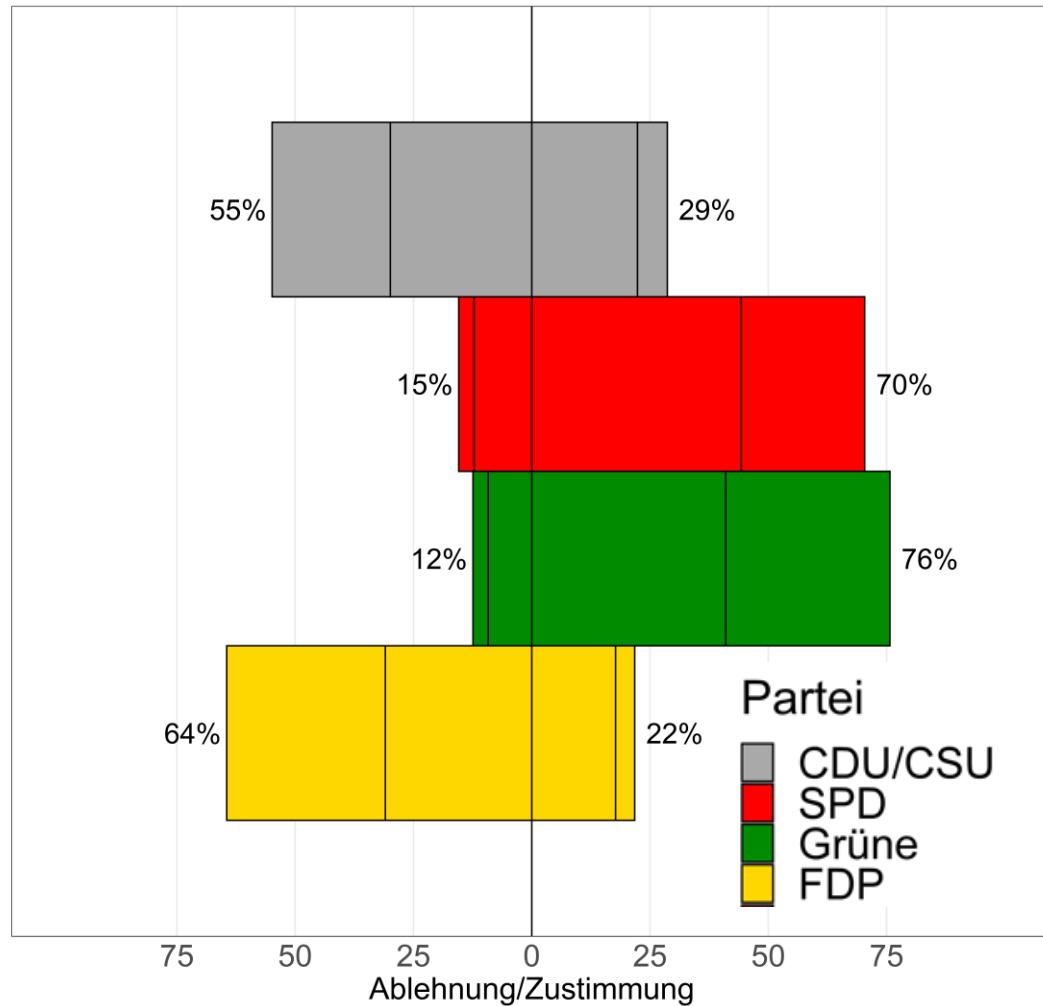
Vorbemerkungen

- Der Wahl-Kompass wurde ca. 450.000 mal genutzt
- Die Auswertungen basieren auf den freiwilligen Angaben (Datenspende)
- Die Frage zur Wahlintention („Sonntagsfrage“) wurde von ca. 55.000 Nutzerinnen und Nutzern beantwortet
- Angegeben ist jeweils die (sehr starke) Zustimmung bzw. (sehr starke) Ablehnung von ausgewählten Thesen aus dem Wahl-Kompass
- Die vertikale Trennlinie in den Antwortbalken differenziert jeweils zwischen starker und schwacher Zustimmung bzw. Ablehnung
- Die Differenz zu 100% ergibt sich aus der Antwortkategorie „Neutral“

Präferenzen der Anhängerinnen und Anhänger von SPD, Union, Grünen und FDP

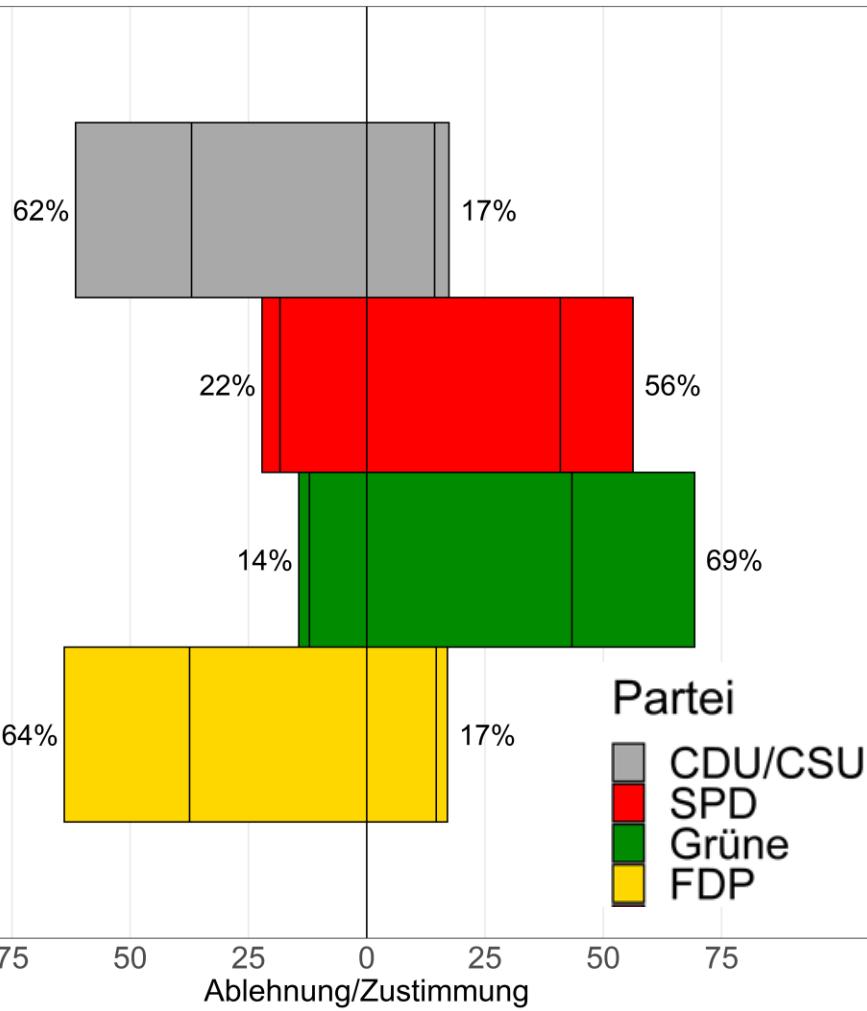


Eine Vermögenssteuer soll wieder eingeführt werden.



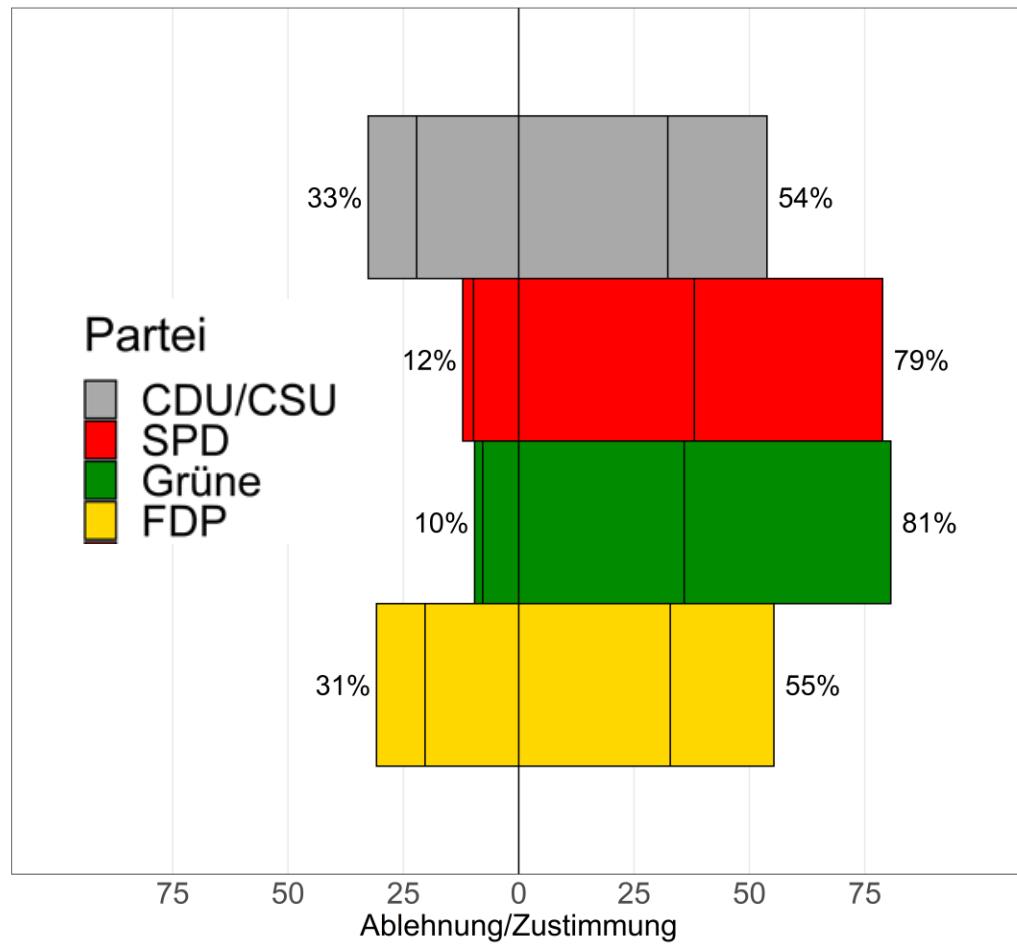
- Die Wiedereinführung der Vermögensteuer findet bei etwa 3/4 der SPD- und der Grünen-Anhänger Zustimmung. Nur eine kleine Gruppe ist dagegen
- Bei den CDU-Anhängern (29%) und in der FDP sind nur etwas 1/4 dafür. Etwas über die Hälfte der CDU- (55%) und fast 2/3 der FDP Anhänger sind dagegen

Wohlstand soll von den Reichen zu den Armen umverteilt werden.



- Umverteilung von Reich zu Arm ist ein zentrales Thema bei den Grünen und der SPD
- In CDU- und im FDP-Lager sind nur Minderheiten dafür (17%) und klare Mehrheiten (62%/64%) dagegen

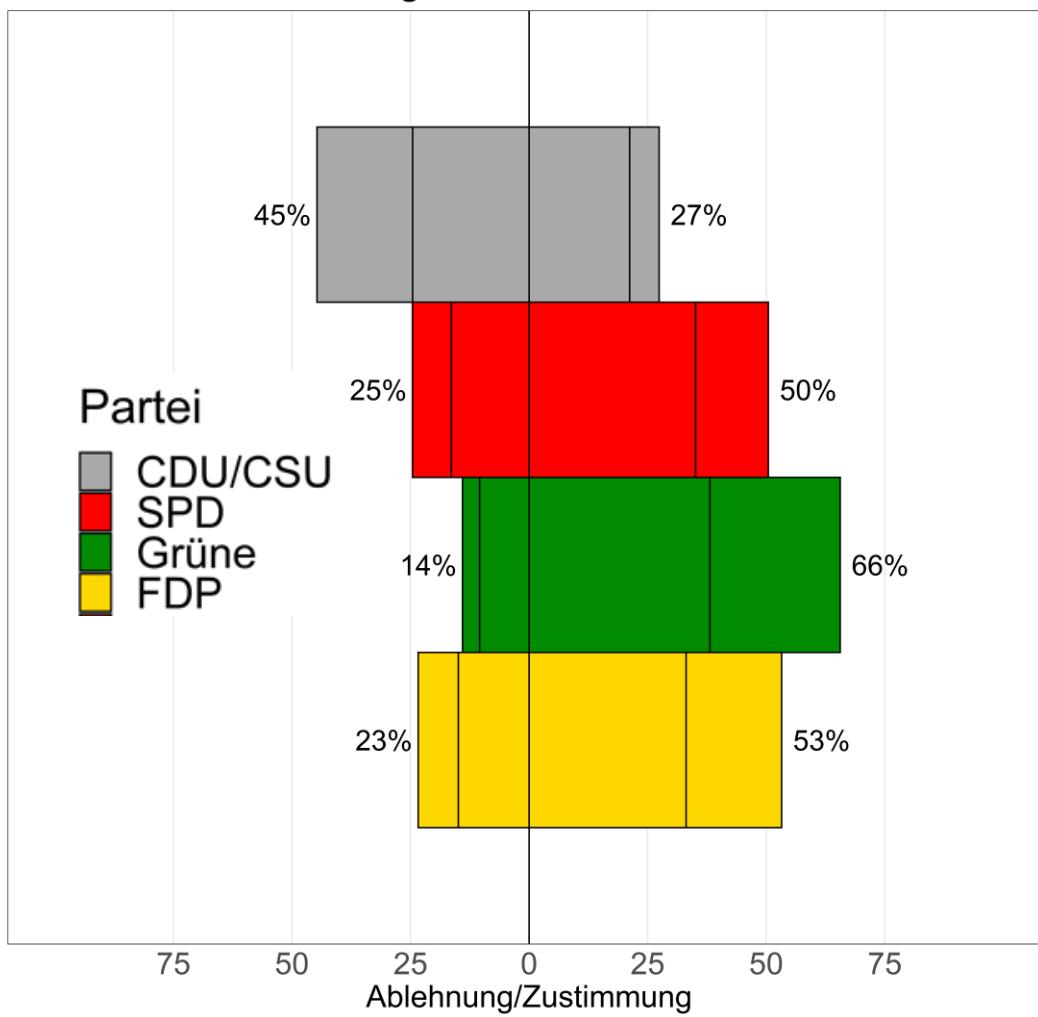
Es soll eine einheitliche
Krankenversicherung geben, in die alle
einzahlen.



- Die einheitliche Krankenversicherung wird auch von 54% der CDU- und bei 55% der FDP-Anhänger gefordert. Nur 33% bzw. 31 % sind dagegen. Etwa jeder zehnte ist unentschieden.
- Damit votieren die Anhänger anders als die Parteispitze
- Bei SPD und Grünen sind etwa 4/5 für die Zusammenlegung. Nur jeder zehnte ist dagegen

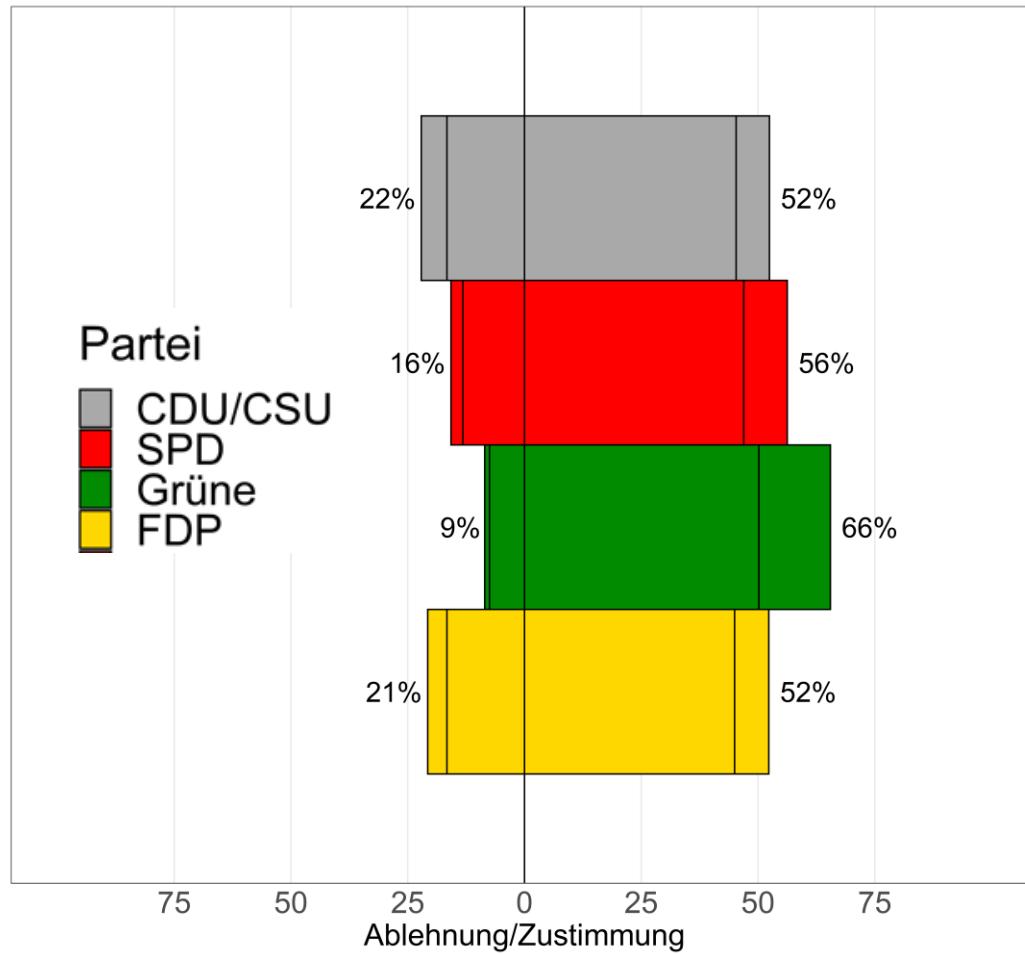
Der Cannabiskonsum soll in Deutschland legalisiert werden.

Anhängerschaft von SPD, CDU, Grünen und FDP



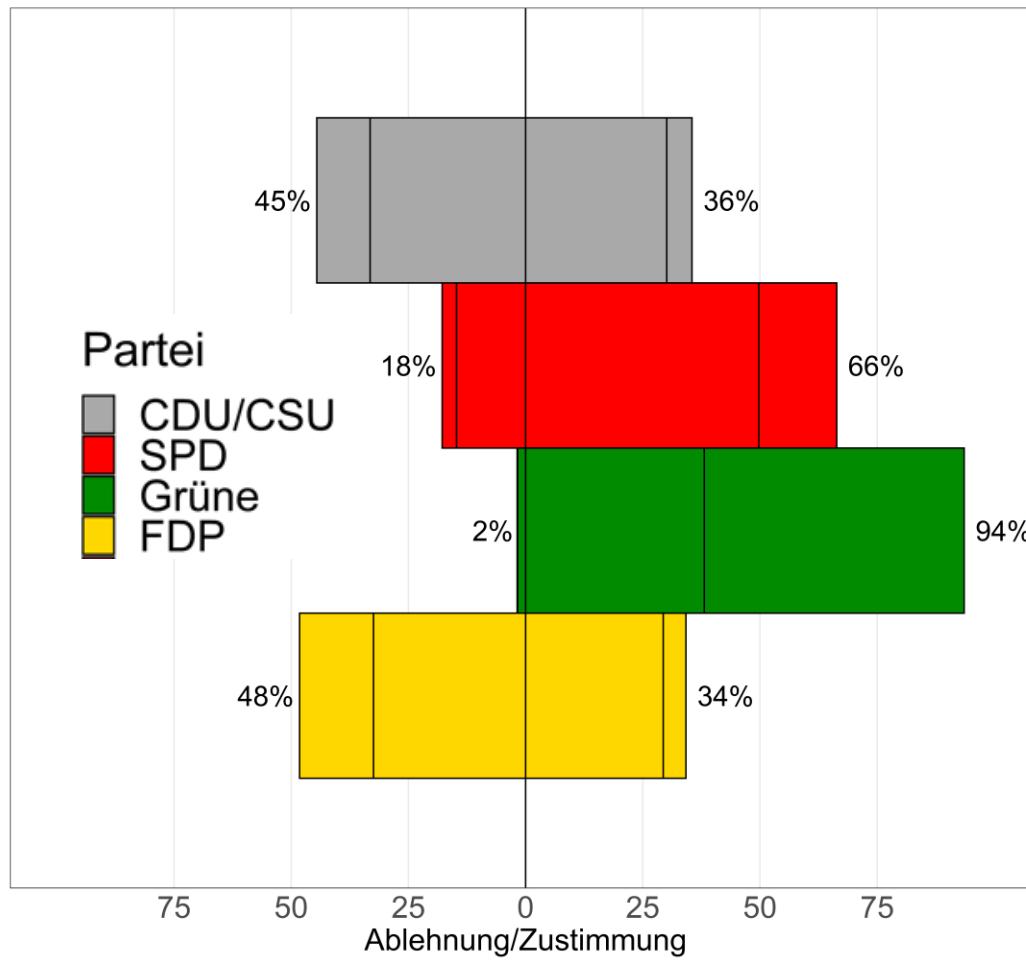
- Die Legalisierung von Cannabis-Konsum ist bei Grünen-, FDP- und SPD Anhängern mehrheitlich gefordert (66%/53%/50%). Weniger als 1/4 ist dagegen.
- In der CDU wird dies von 47% abgelehnt und 27% sind dafür. 26% sind unentschieden

Mehr Zuwanderung aus anderen EU-Ländern ist für das Wirtschaftswachstum in Deutschland nötig.



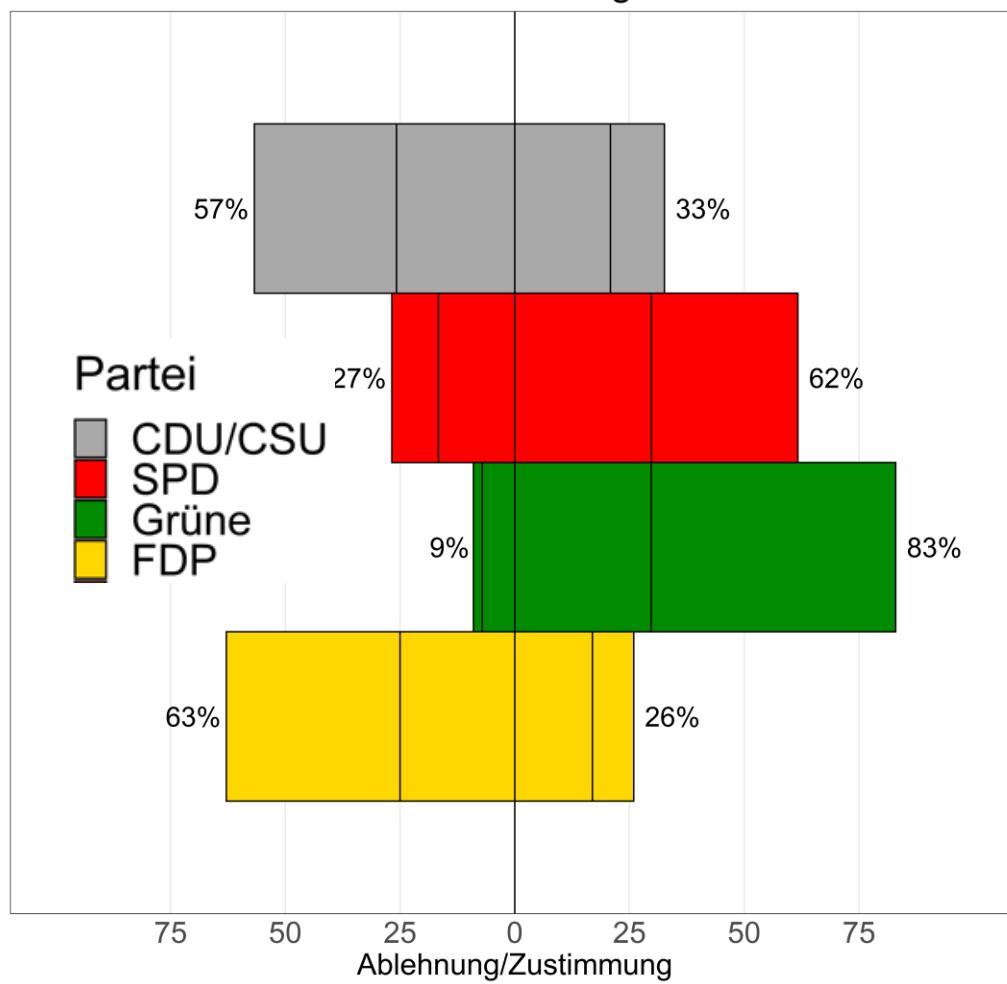
- Arbeits-Migration aus der EU wird mehrheitlich von allen Anhängern positiv gesehen
- Unter den CDU- und FDP-Anhängern, wo dieses Thema am kritischsten betrachtet wird, sehen nur etwa jeder Fünfte dies negativ

Es muss eine strengere Klimagesetzgebung eingeführt werden, auch wenn dies auf Kosten des Wirtschaftswachstums geht.



- Klimaschutz zu Lasten des Wirtschaftswachstums befürworten fast alle Grüne (94%) und zwei Drittel der SPD (66%)
- In der CDU (36%) und FDP (34%) bewerten nur ein Drittel dies ähnlich und knapp die Hälfte (45%/48%) ganz anders

Es soll ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen eingeführt werden.

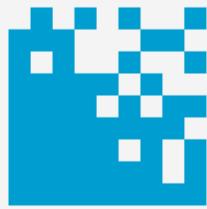


- Ein generelle Tempolimit wünschen sich 83% der Grünen Anhänger und nur 9% sind dagegen
- Die SPD sind 62% dafür und etwa ein Viertel lehnt ein Tempolimit ab
- In der CDU wollen dagegen 57% und in der FDP sogar 63% kein Tempolimit
- Nur 1/3 der CDU Anhänger und 26% der FDP Anhänger wollen das Tempolimit

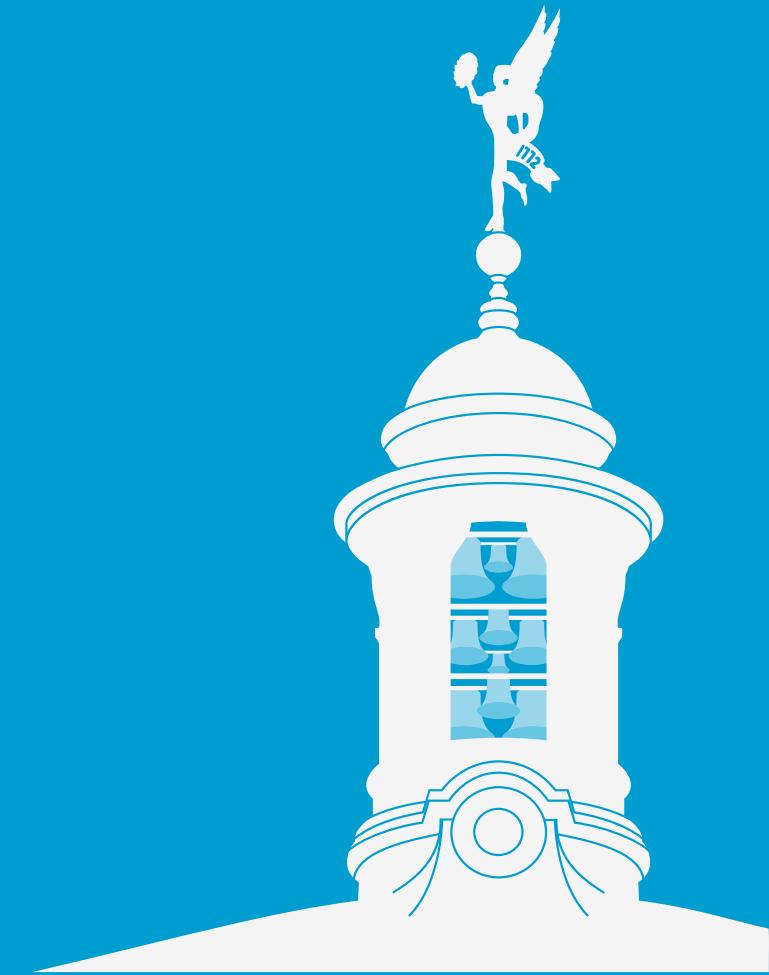
Präferenzen der Anhängerinnen und Anhänger von Grünen und FDP in der jüngsten Altersgruppe (18-24)

wissen.leben

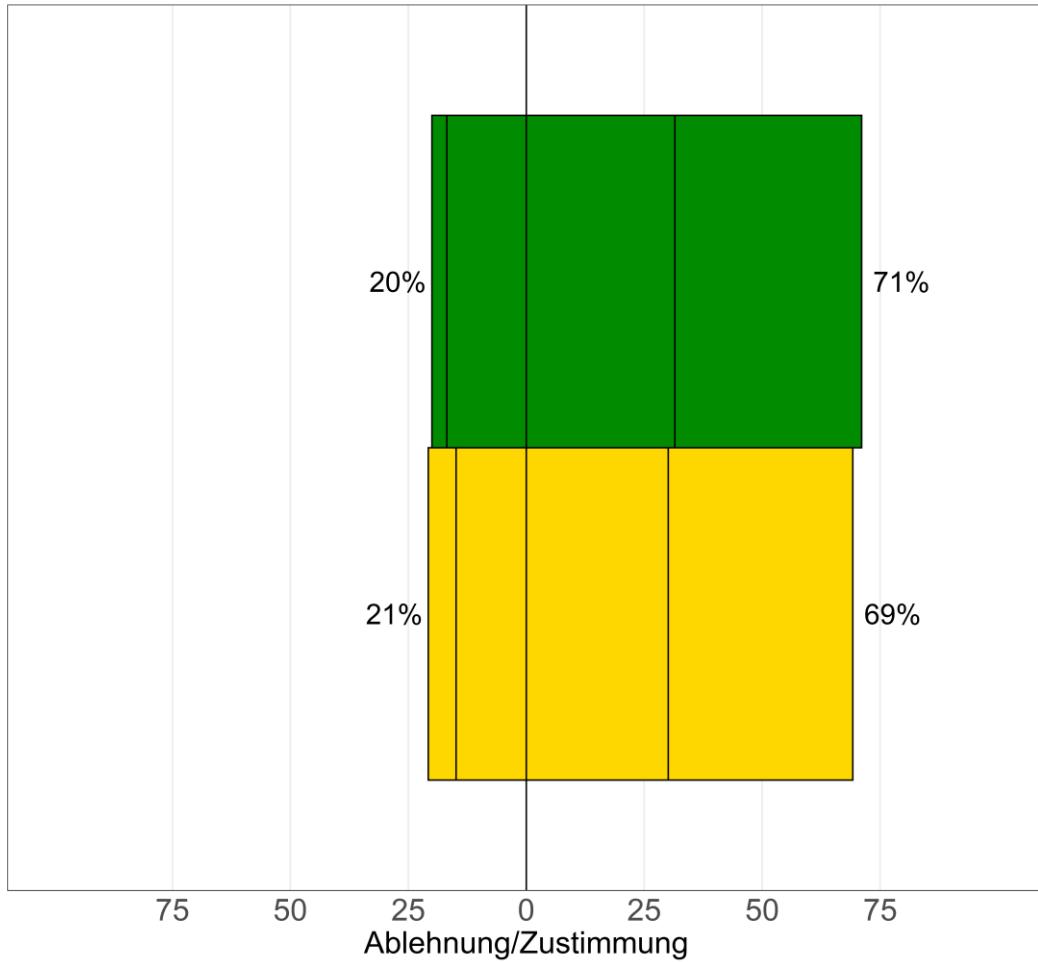
Wahl-Kompass >
Bundestagswahl 2021



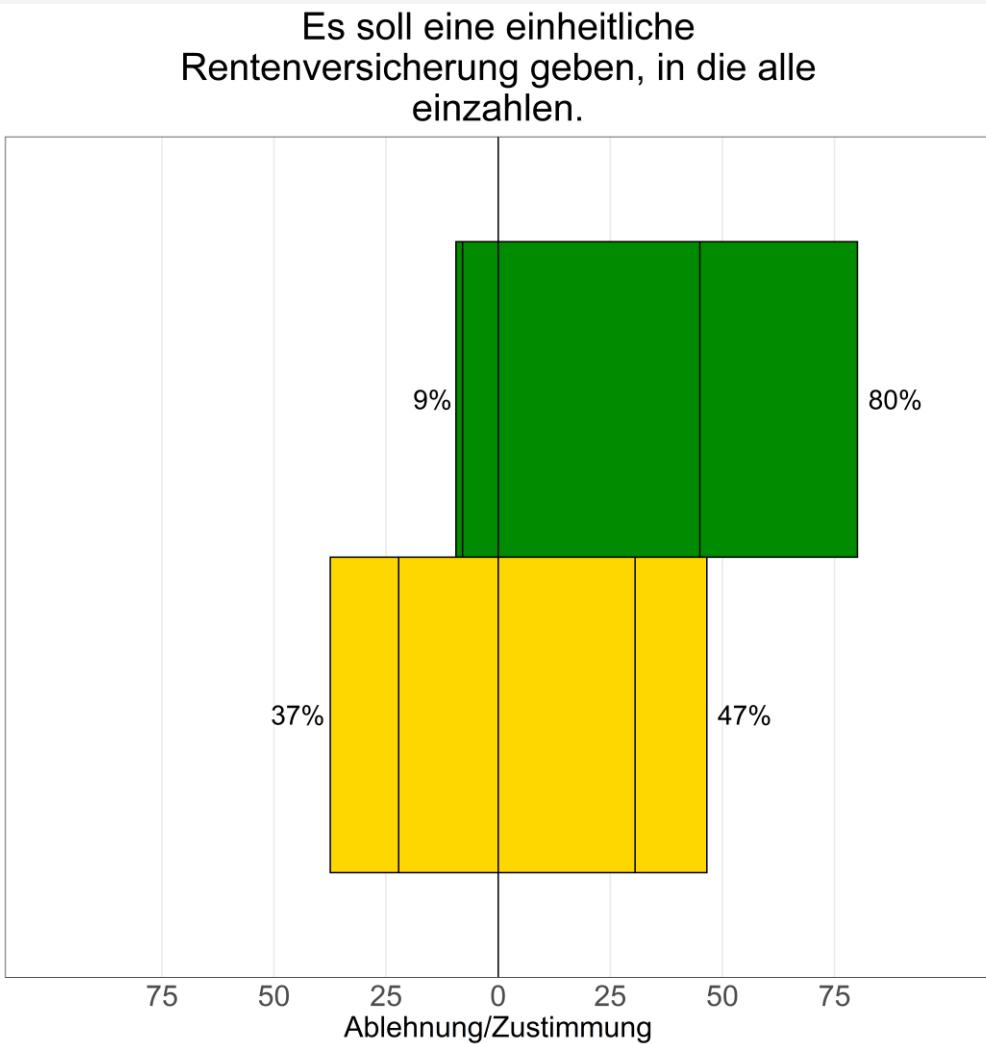
URii
Kompetenzzentrum
Urbane, Regionale
Innovation und Internet



Alle Studierenden sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern eine finanzielle Förderung vom Staat erhalten.

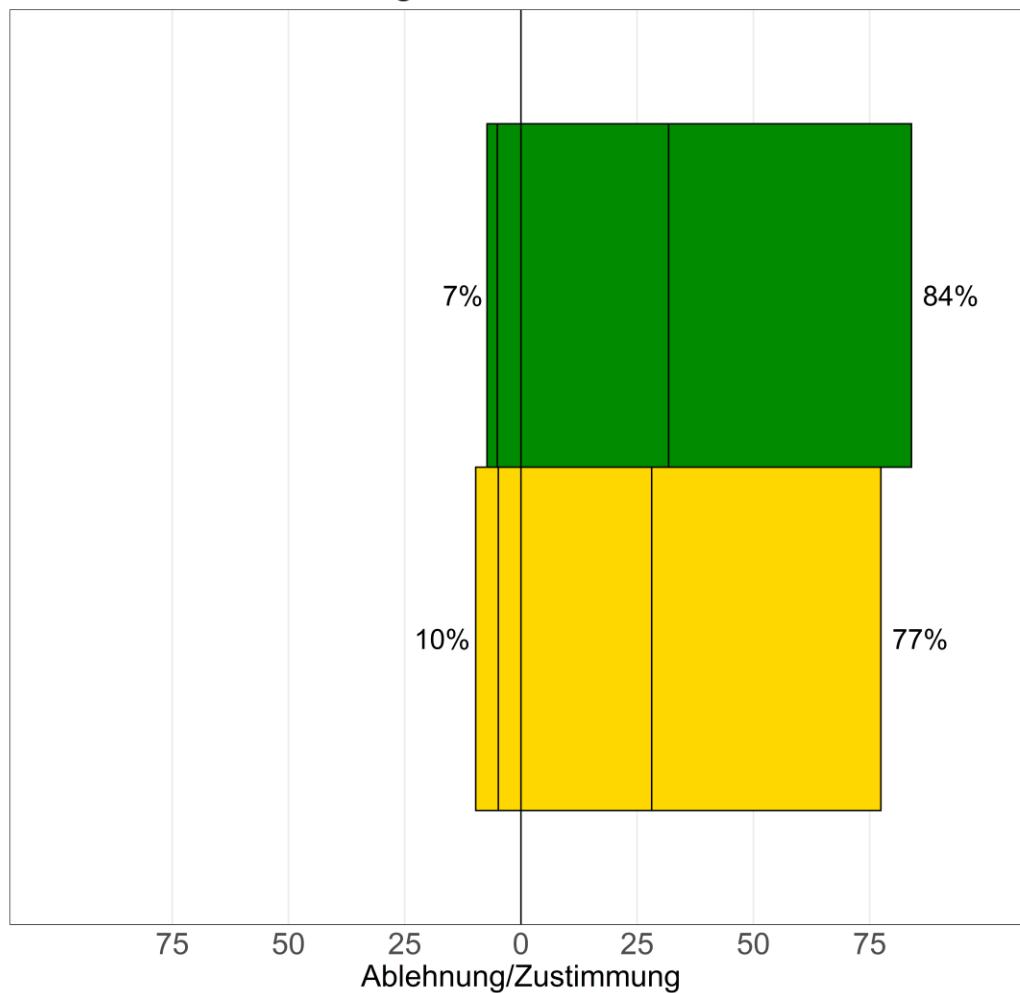


- Bei der Bundestagswahl 2021 wählten laut Exit Poll von infratest dimap je 23% die Grünen und die FDP
- SPD (15%) und CDU (10%) liegen weit dahinter
- Was wollen die Jungwähler der FDP und der Grünen?
- Mehr als 2/3 der jungen Grünen- und FDP Anhänger (18-24) unterstützen elternunabhängiges Bafög (71%/69%). Nur jeder Fünfte will dies nicht. Etwa 10% sind unentschieden



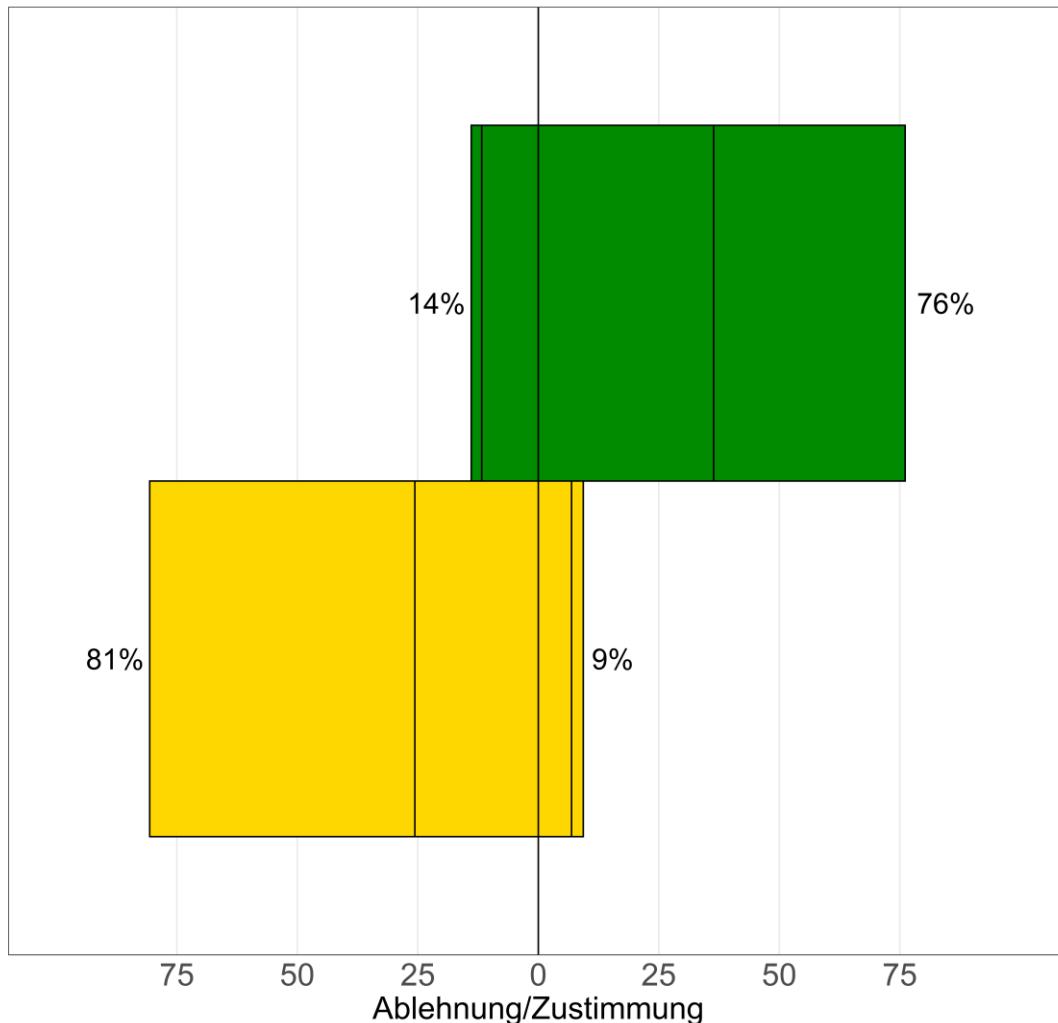
- Die jungen Grünen Anhänger und die jungen FDP Anhänger sind für eine einheitliche Rentenversicherung. Die befürworten 80% der Grünen und nur 9% sind dagegen
- In der FDP wollen 47% der jungen FDP Anhänger dies und 37% sind dagegen. Die Befürwortung der einheitlichen Krankenversicherung ist bei den älteren FDP Anhängern deutlich höher

Der Cannabiskonsum soll in Deutschland
legalisiert werden.



- Die FDP und Grünen Jungwähler wollen eine Legalisierung des Cannabis-Konsums
- Dies fordern sogar noch deutlich mehr als die Älteren in den Parteien

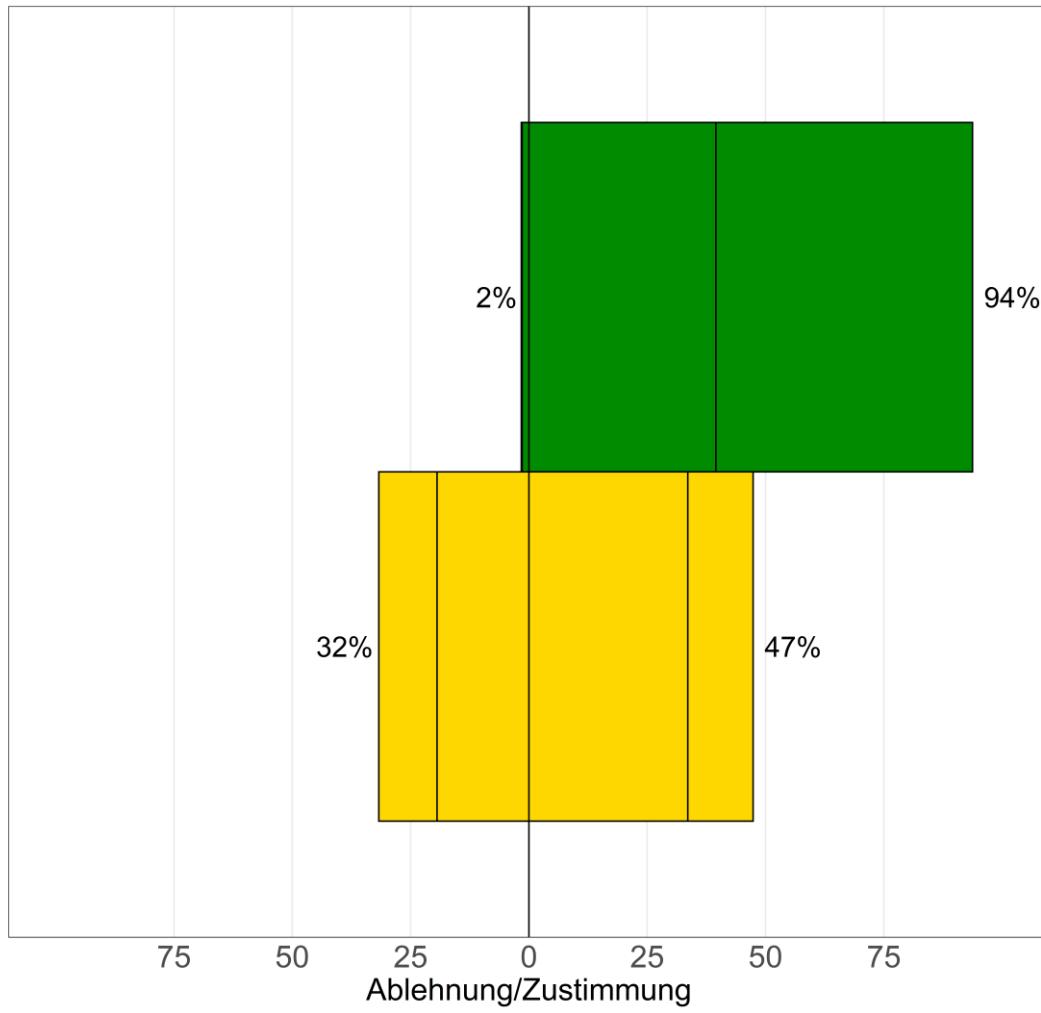
Es soll ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen eingeführt werden.



- 3/4 der jungen Grünen (76%) wollen ein Tempolimit und 14% lehnen es ab
- Dagegen wollen nur 9% der jungen FDP-Anhänger das Tempolimit und 81% wollen das Tempolimit nicht
- Dabei unterscheiden sich die jungen FDP Anhänger von den älteren FDPlern. Die älteren FDP Anhänger befürworten eher ein Tempolimit

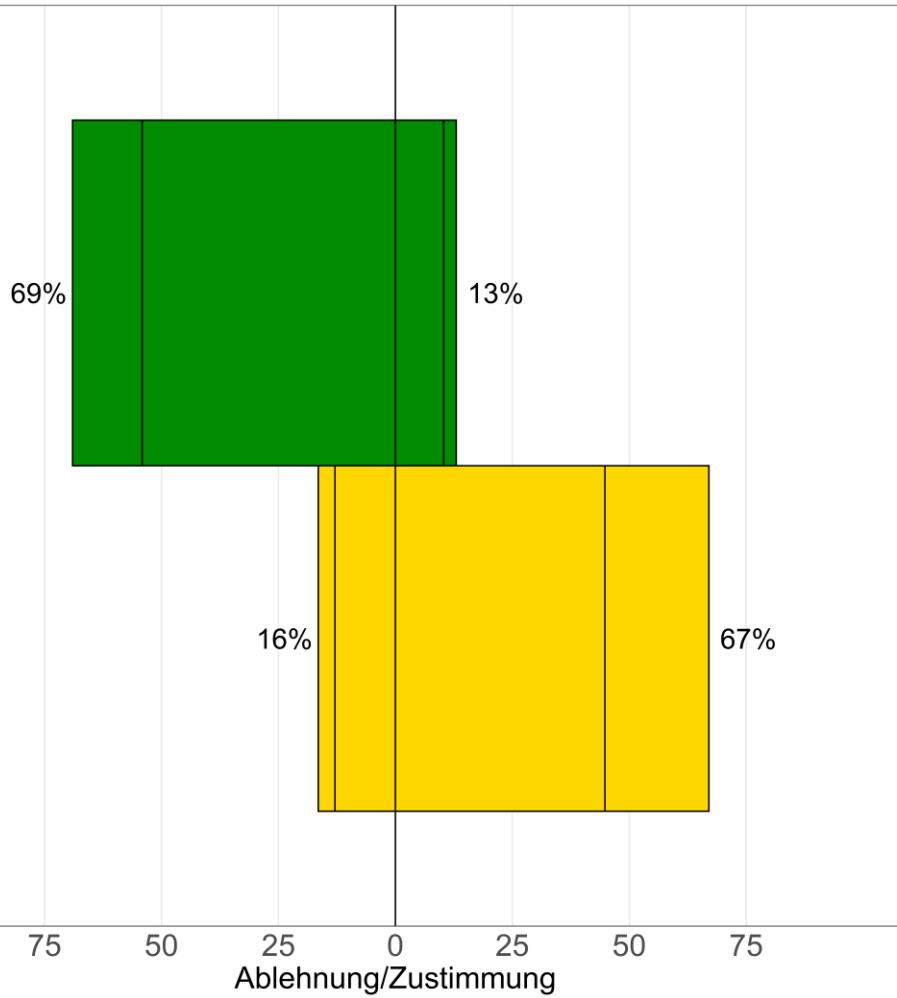
Der CO2-Preis soll bei gleichzeitigem sozialen Ausgleich steigen.

Jungwähler (18-24) von Grünen und FDP



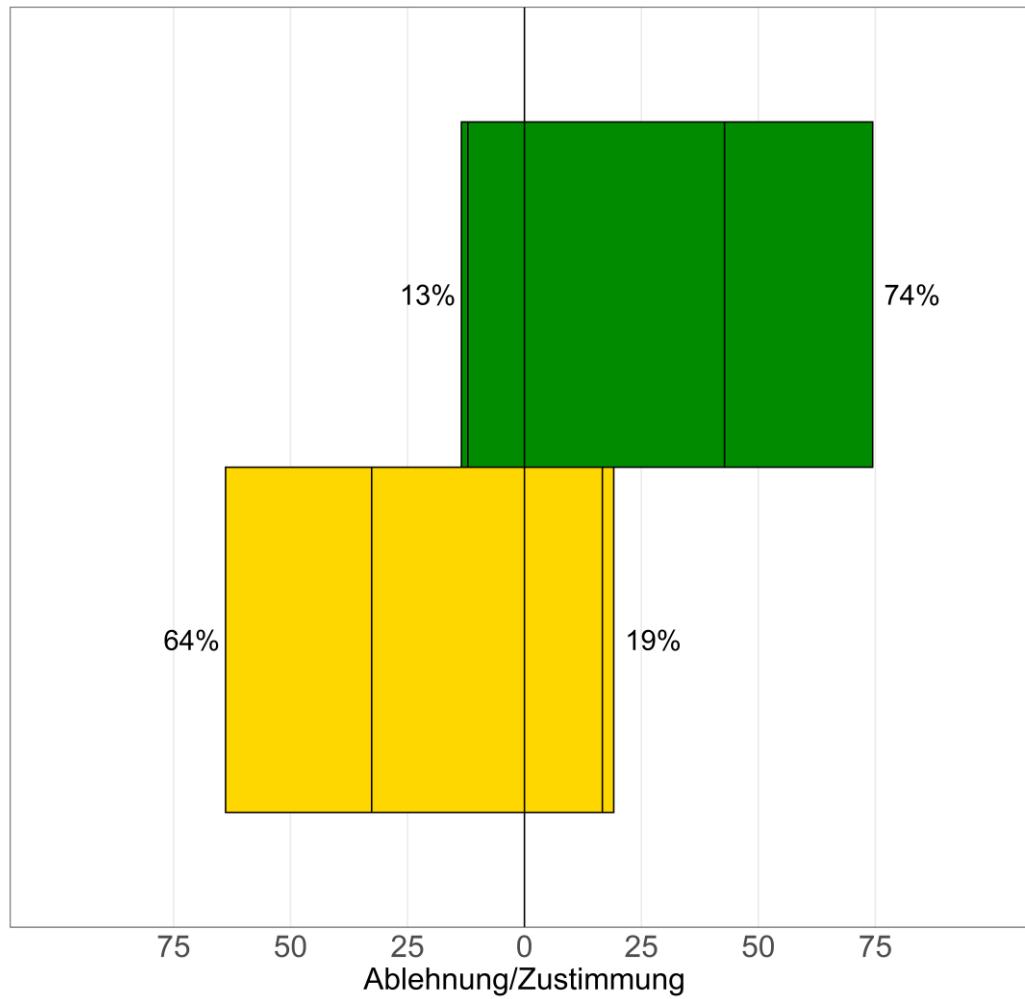
- Junge Grüne und Liberale befürworten mehrheitlich einen sozialen Ausgleich bei der Erhöhung der CO2-Preise
- Dies wollen 94% der Grünen und 47% der FDP
- In der FDP sind 32% gegen einen sozialen Ausgleich

Der Staat soll sich so wenig wie möglich
in die Wirtschaft einmischen.



- Das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft wird unterschiedlich gesehen
- 67% der FDP-Anhänger will keine staatliche Einmischung in die Wirtschaft und 16% sehen dies positiv
- Bei den Grünen fordern dagegen 63% staatliche Interventionen und nur 13% lehnen diese ab

Wohlstand soll von den Reichen zu den Armen umverteilt werden.



- Eine Umverteilung von Reich zu Arm wollen 3/4 (74%) der Grünen und nur 13% sind dagegen
- In der FDP sind nur 1/5 (19%) für eine Umverteilung und 64% sind gegen eine derartigen Ausgleich